

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 6 (1912)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stände kam. Aber eben so gewiß dürfen wir dieses Abkommen als ein Zeichen echt christlichen Geistes begrüßen. Was aber dort im Kleinen innerhalb einer Stadt möglich war, das muß im Lauf der Zeit auch im Großen innerhalb des ganzen Landes versucht werden.

Es sind daran schließlich auch gut situierte Kantone interessiert. Nur auf eines sei noch aufmerksam gemacht. Professor Max Huber hat in einem vortrefflichen Aufsatz über „Trennung von Kirche und Staat“ in der Zeitschrift „Wissen und Leben“ darauf hingewiesen, daß die Trennung kommen werde, auch wenn sie jetzt mancherorts noch in weiter Ferne liege. Für den Kanton Zürich aber sieht er eine Hauptschwierigkeit in den vielen kleinen Kirchgemeinden. Diese sind unfähig, nach der Trennung aus eigenen Mitteln für den Unterhalt der Kirche aufzukommen; auch sind sie meist schon mit Steuern schwer belastet. Weist das nicht ebenfalls dringend auf einen finanziellen Ausgleich hin?

„Eine Utopie. Die geschichtlich gewordenen Verhältnisse lassen sich nicht so völlig ändern. Dafür wird unser Volk nie zu haben sein.“

Ich kenne die „wenn“ und „aber“. Man möge mir darum verzeihen, daß ich es trotzdem wagte, von dieser „Utopie“ zu reden.

Ganz leise aber möchte ich doch hinzufügen, daß auch schon manche Utopie zur Realität geworden ist. Stets aber mußte man damit anfangen, daß man überhaupt einmal das Ziel klar erkannte und zur Diskussion stellte.

Nichts anderes ist auch der Zweck dieser Zeilen*).

Karl Fueter.

Rundschau.

Die Lehren des englischen Kohlenstreiks. Der englische Kohlenstreik ist zu der Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht

*) Das Manuskript meiner obigen Ausführungen war schon fertig, als ich aus den vortrefflichen „Laienwünschen an die schweizerisch-reformierte Landeskirche“ von Pfarrer von Greherz von der Existenz eines Gesinnungsgenossen hörte. Der Wunsch eines „bernischen Theologiestudenten“ kommt dort Seite 20 zum Abdruck, der auch eine Schweizerische Kirche beabsichtigt und darin die Diaspora will eingeschlossen wissen. Er bringt dann allerdings eine Neueinteilung der schweizerischen Kirche in fünf Unterabteilungen nach geographischen Grundsätzen. Sein praktischer Vorschlag ist also von meinem völlig verschieden. In solcher Weise können wir die geschichtliche Kontinuität nicht außer Acht lassen, und warum dann gerade fünf Unterabteilungen nötig sind wie bei den Bundesbahnen, ist erst recht nicht einzusehen. Aber als einem Gesinnungsgenossen möchte ich dem unbekanntem Kollegen doch die Hand drücken. Denn er hat wenigstens das Ungenügende der gegenwärtigen Organisation erkannt und läßt der Diaspora Gerechtigkeit widerfahren. Allerdings haben mir gerade auch die „Laienwünsche“ gezeigt, daß ich nicht auf eine allzu freundliche Aufnahme meines Vorschlages rechnen darf. Denn Pfarrer von Greherz, der sonst für die absonderlichsten Laienwünsche ein mildes Verständnis beweist, behandelt einzig unsern Theologiestudenten ziemlich von oben herab (vgl. auch Seite 60). K. F.

beendet, aber sein Ausgang mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen. Es ist ein Ereignis von schwer zu überschauender Tragweite. Wenn der alte Marx diese Dinge noch erlebt hätte! Triumphierend hätte er ausrufen dürfen: „Sehet, so habe ich's vorausgesagt!“ Aus der Fülle der Ueberlegungen, die er dem Nachdenkenden aufnötigt, treten wohl folgende am meisten hervor.

1. Eine große Ueberraschung ist für Viele das lawinenartige Wachstum des Sozialismus in der englischen Arbeiterschaft, das auch dieser Streik, gleich der Eisenbahnerbewegung des letzten Sommers, kund tut, und die revolutionäre Energie, den bei aller musterhaften Ruhe der äußeren Haltung gerade diese Bergleute zeigen, die lange als die konservativsten der englischen Arbeiter gegolten haben.

Hier ist eine Lieblingstheorie vieler Sozialreformer vor den Tatsachen zu nichte geworden. England hat bekanntlich bis vor kurzem als das Land gegolten, das den übrigen gleichsam das soziale Schulbeispiel geliefert habe und zwar im Schlimmen wie im Guten. Dort kam es, in der Frühzeit und ersten Hochblüte des Kapitalismus, zu sozialen Greueln, wie das übrige Abendland sie doch nicht erlebte, dort auch zu den revolutionären Ausbrüchen der sozialen Spannung, die wir als Chaotismus kennen, aber dafür gelangte England auch zuerst zum „sozialen Frieden“. Es schuf zuerst eine Fabrikgesetzgebung, es entwickelte das Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen. Darin kam der wilde Strom des Chaotismus zur Ruhe. Die Gewerkschaft gab dem Arbeiter, was er verlangte: einen gewissen Anteil am Gewinn der Arbeit und an der Ordnung des Arbeitsverhältnisses. Es entstand eine ordentlich gestellte, solidere, patriotische, ganz und gar nicht revolutionäre oder sozialistische Arbeiterschaft; die Industrie nahm einen unerhörten Aufschwung; die Arbeitskämpfe, die trotzdem noch vorkamen, vollzogen sich meistens in ruhiger und geordneter Weise, kurz, das soziale Problem war gelöst. Sollte es nicht auf dem Festland ähnlich gehen? Auch hier, durfte man annehmen, würde die revolutionäre Arbeiterbewegung im Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen zum Stillstand gelangen. Sie würde die sozialistischen Utopien lassen und eine vernünftige Reformpartei auf dem Boden der vorhandenen Wirtschaftsordnung werden. Die Tatsache, daß es in England keine starke sozialistische Arbeiterbewegung gebe, wirkte beruhigend. Man erklärte gegenüber Leuten, die ein mächtiges Fortschreiten des Sozialismus erwarteten, daß in England (wie in Nordamerika) kein Mensch vom Sozialismus rede.

Wie steht es mit dieser Theorie und Weissagung? Den Kundigen war schon lange klar, wie hinfällig sie seien. Wir haben auch schon wiederholt darauf hingewiesen. Jetzt steht die Tatsache vor aller Augen, daß gerade in den Ländern, die als die sozial beruhigsten galten, in England und Nordamerika, die Wellen des sozialen Kampfes am höchsten gestiegen sind und die soziale Krisis die schärfsten und drohendsten Formen annimmt. Es gibt kaum eine Tatsache, die

mehr geeignet wäre, uns vor aller falschen Sicherheit zu warnen. Wir stehen nicht vor dem langsamen Abflauen, sondern vor der langsamen (vielleicht auch raschen) Zuspitzung der sozialen Krisis, die zur sozialen Revolution hindrängt.

2. Diese Wahrheit wird besonders bedeutsam illustriert durch einige weitere Ueberraschungen. Wir stehen vor der erstaunlichen Tatsache, daß einige Forderungen des Sozialismus, die bisher als völlig utopistisch galten, plötzlich teils verwirklicht, teils ins Stadium der praktischen Diskussion gerückt sind. Der Sozialismus verlangt bekanntlich eine Regelung der Produktion und Distribution der Güter durch die Gemeinschaft. Zu diesem Zwecke will er gewisse große Industrien aus den Händen des Privatbesitzes nehmen und in das Eigentum des Staates überführen. Dabei hat er von Anfang an besonders an die Bergwerke gedacht. Aber wer hätte an eine nahe Verwirklichung dieses Programmpunktes zu denken gewagt? Nun erleben wir, daß das englische Parlament der größten Industrie des Landes einen Minimallohn vorschreibt*), wozu vielleicht noch das obligatorische staatliche Einigungsamt kommen wird. Ist das nicht schon ein starker Anfang staatlicher Regelung der Industrie? Aber noch Erstaunlicheres erleben wir: auch in bürgerlichen Kreisen ist der Vorschlag aufgetaucht, die Bergwerke zu nationalisieren, d. h. sie in das Eigentum des Staates überzuführen. Ein führender unionistischer Staatsmann wie Austin Chamberlain hat sich z. B. dafür ausgesprochen. Es ist sogar von kundigen Leuten die Vermutung aufgestellt worden, daß ein Teil der Bergwerkseigentümer selbst auf dieses Ziel hinarbeite. Die Ausführung solcher Pläne mag noch lange auf sich warten lassen, aber ist es nicht höchst bedeutsam, daß sie überhaupt ernstlich erwogen werden?

Auch hier sind allzu kluge Theorien vor den Tatsachen zu Schanden geworden.

3. Das gilt auch von dem dritten Punkte den wir hervorheben müssen: Es hat sich in dieser Bewegung die ungeheure Macht der Arbeiterklasse in einer Weise gezeigt, wie vielleicht noch nie in der ganzen Geschichte. In der Arbeitermarschallaise heißt es vom Arbeiter:

„Alle Räder stehen still,
Wenn sein starker Arm es will.“

Man hat darüber gelächelt und auf das Mißlingen dieses und jenes Generalstreiks hingewiesen. In den sozialistischen Kreisen selbst hat die vom Syndikalismus gepflegte Idee des Generalstreikes wenig Kredit gefunden. Es erschien als völlige Utopie, die Industrie eines ganzen Landes durch einen allgemeinen Arbeitsausstand zum Stillstand zu bringen. „Generalstreik ist Generalunsinn“. Auch diese Theorie ist nun widerlegt. Tatsächlich stehen in England „alle Räder still“, weil der Kohlenbergarbeiter es will d. h. Industrie und Handel Englands verfallen rasch der Lähmung. Der Arbeiter hat die Geschicke

*) Jedenfalls hat es sich mit großer Mehrheit dazu bereit erklärt.

eines Landes in der Hand, freilich nur unter einer Bedingung — wenn er einig ist. Das ist er in England, in Deutschland ist er es nicht, wie der Verlauf der deutschen Streikbewegung beweist. Hier lähmt die religiöse Zerrissenheit des Proletariats den „starken Arm“. Es ist das Verdienst der „Christlichen“ beider Konfessionen, die europäische Gesellschaft über den Schrecken, den ihnen die englischen Vorgänge eingeflößt, ein wenig getröstet zu haben. Der Ausgang der deutschen Bewegung wird gewisse Kreise in dem Gedanken bestärken, durch Polizisten und Husaren, „Gelbe“ und „Christen“ sei es möglich, ähnliche Vorgänge wie in England dauernd zu verhindern. Daß das eine kurzfristige Rechnung ist, sollte wohl jedem Nachdenklichen klar sein. Wie in England der Konservatismus der Arbeiterschaft durch die Macht der ökonomischen und geistigen Entwicklungen weggesegt worden ist, so werden diese in Deutschland die „religiöse“ Hemmung beseitigen. Die „Christlichen“ werden von dieser Aktion schwerlich Gewinn haben.

Es ist anzunehmen, daß das, was nun in England geschieht, einen gewaltigen Einfluß auf die Arbeiterbewegung haben wird und wir uns auf immer mächtigere Formen des sozialen Kampfes gefaßt machen müssen.

4. Soweit also bekommt Marx recht gegen Schulze-Gävernitz, Brentano, Sombart und viele Andern. Aber auch er bekommt sein Desaveu, oder wenn nicht er, so doch die Marxisten. Bekanntlich gehört es zu den Dogmen des revolutionären Marxismus, daß die Arbeiterschaft den Enthusiasmus des Klassenkampfes verlöre, wenn sie sich auf ein Paktieren mit dem bürgerlichen Staat einlasse und allerlei Abschlagszahlungen in Empfang nähme, statt das eine große Endziel unverwandt im Auge zu behalten. Darum will er auch den klassenbewußten Proletarier möglichst vor der Berührung mit den bürgerlichen Elementen, auch den sozialreformerisch gesinnten, behüten. Nun aber hat sich gezeigt, daß gerade eine der bestgestellten Arbeiterkategorien die größte revolutionäre Energie gezeigt hat. Denn das ist ja wieder das Seltsame an dieser Bewegung, daß nicht eigentlich die Not sie verursacht hat. Die Bergleute sind verhältnismäßig gut bezahlt. Aber sie wollen mehr Sicherheit für ihre Existenz, sie wollen, daß jede Arbeit einen Lohn erhalte und der Bergmann nicht tagelang umsonst sich anstrengen müsse, auch wenn der Jahresdurchschnitt seines Lohnes ganz erträglich sein sollte. Es ist also ein soziales Prinzip, das diese Arbeiter durchsetzen wollen, das Prinzip, daß dem Arbeiter ein Lohn werden müsse, von dem er leben könne (ein living wage). Wenn vorhin Marx triumphierte, so täte es hier R u s k i n ; denn genau das ist s e i n e soziale Hauptforderung. (Vgl. Unto this last.) Es ist die Wahrheit, die Jesus im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg ausspricht, angewendet auf das soziale Leben der Gegenwart. Bei Jesus ist das Soziale die Illustration einer geistigen Wahrheit, heute versuchen diese englischen Arbeiter

einmal dieses Soziale zu verwirklichen, wenigstens in einem bescheidenen Maße. Daß das Prinzip von dieser Industrie aus auch andere ergreifen müßte, ist klar.

Es wäre noch auf allerlei Bedeutjames hinzuweisen, das mit diesem Ereignis verbunden ist. Vielsagend ist z. B. der Umstand, daß der Führer der Kohlenbergleute, Edwards, ein Methodistenprediger (local preacher) ist, doch wollen wir es für diesmal bei der Heraushebung der vier Hauptpunkte bewenden lassen. Sie zeigen zur Genüge, wie sehr dieses Ereignis des Nachdenkens wert ist. Wer Augen hat, zu sehen, der sehe! L. N.

Ein Sieg des Alkoholismus. Das französische Volk hat vor wenigen Wochen eine schwere Niederlage erlitten. Die Schmach dabei ist größer, die Folgen sind verhängnisvoller als bei der ärgsten Schlappe im Krieg. Ein Vorstoß gegen den Alkoholismus ist jämmerlich mißlungen. Einige Zahlen werden die Bedeutung dieses Ereignisses besser veranschaulichen. Im Jahr 1880 sind alle Schranken, welche der Vermehrung der Schanklokale im Weg standen, durch ein Gesetz aufgehoben worden. Die Folgen ließen nicht lang auf sich warten. Die Zahl der Wirtschaften belief sich im Jahr 1879 auf 354,000. Im Jahr 1899 stieg sie auf 435,000. Heute beläuft sie sich auf 480,000. Eine Wirtschaft auf je 80 Einwohner, d. h. auf zirka 30 Erwachsene männlichen Geschlechts.

Der Senat versuchte, diesem Unfug Einhalt zu gebieten. Und in was für einer vorsichtigen und wenig radikalen Art! Er entwarf ein Gesetz, das die Lokale, in denen Bier, Wein und Most ausgeschenkt werden, unberührt ließ, und nur die Verminderung der Alkoholschenken im engern Sinn bezweckte. Die Zahl der letzteren sollte progressiv auf ein Lokal pro zirka 200 Einwohner reduziert werden. Keine Rede davon, bestehende Wirtschaften aufzuheben. Die Reduktion sollte auf dem Weg des Aussterbens vor sich gehen.

Die Kammer hat das ihr unterbreitete Gesetz an die Kommission zurückgewiesen (mit 360 gegen 156 Stimmen) und damit ein deutliches Zeugnis von dem Geist, der sie gegenwärtig beseelt, gegeben. Die erbärmlichste Feigheit und die niedrigste Demagogie sind die Ursache dieser Niederlage. Formfehler sind hier wie anderswo der bequeme Deckmantel für die eigene Charakterlosigkeit. In Frankreich, wie übrigens auch anderswo, sind die Wirtschaftshäuser Zentren der politischen Aktion. Der Wirt und seine Stammgäste sind die Herren der Erde. Man hüte sich, mit ihnen zu brechen. Vermindertes Ansehen und, wer weiß, vielleicht Nichtwiederwahl sind die Folgen für den, der die Interessen des Alkohols antastet. Dazu kommt noch die Angst, die Interessen der Alkoholproduzenten zu beeinträchtigen. Daher die Haltung der Kammer.

Ein trauriges Zeichen, zu welchem Grad von Charakterlosigkeit es eine Volksvertretung bringen kann, und wie sehr der Parlamentarismus bei der Bekämpfung von Krebschäden versagen kann. Rein

Wunder, daß man in Frankreich gegen dieses System der Charakterlosigkeit und Verantwortungslosigkeit immer mißtrauischer wird. Die Kammer sorgt selber dafür, daß ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung untergraben wird. Sie ist gefährlicher für das republikanische Ideal als die reaktionären Strömungen, denen sie vielfach durch ihre Haltung den Weg bahnt.

J. Matthieu.

Die Zöllner und Sünder und — das kirchliche Stimmrecht.

Die Basler Synode hatte leztthin eine Verhandlung, die zwar nicht viel Aufsehen erregen wird, aber doch recht charakteristisch war. Nach dem Entwurf der neuen Kirchenverfassung soll das kirchliche Stimmrecht verlieren, „wer infolge Strafurteils, Auspändung oder Konkurses im Aktivbürgerrecht eingestellt ist.“ Bezeichnend ist schon, daß eine solche Bestimmung überhaupt in eine Kirchenverfassung kommen sollte. Es wurde nun freilich beantragt, und zwar von positiver Seite, daß die Worte „infolge Strafurteils u. s. w.“ gestrichen würden. Dagegen wurde geltend gemacht, daß ein Konkursit oder Ausgepändeter das Aktivbürgerrecht überhaupt nur infolge eines gerichtlichen Urteils verlieren könne und den Antragstellern „Sentimentalität“ vorgeworfen. Schließlich wurde ein Vermittlungsantrag angenommen, wonach das kirchliche Stimmrecht verliert, wer „infolge gerichtlichen Urteils“ im Aktivbürgerrecht eingestellt ist.

Interessant ist, wie auch nach dieser gemilderten Fassung die Kirche sich nach dem Verhalten des Staates und der weltlichen Moral richtet. Wer ein „Zöllner und Sünder“ geworden ist, der ist in der Kirche minderwertig. Es genügt nicht, daß er seine bürgerliche Strafe bekommen hat, nein, die Kirche muß ihm auch noch einen Fußtritt versetzen und einen Extramakel verhängen. Daß der Staat Auspändung und Konkurs straft, wenn sie durch Fahrlässigkeit verschuldet oder, im Fall des Konkurses, mit Betrug verbunden sind, ist natürlich in der Ordnung. Aber von der Kirche hören wir in feierlichen Stunden — und so steht es auch an der Spitze der Basler Kirchenverfassung — daß sie die Vermittlerin des Evangeliums sei. Dieses ist aber eine frohe Botschaft für Sünder. Also müßte die Kirche denen, die als Sünder von Staat und Gesellschaft gestraft und gebrandmarkt sind, die Hand reichen, gerade ihnen, und nicht noch einen Stein auf sie werfen. Hierin versteht die Heilsarmee Jesus anders und besser. Das könnte gerade ein Vorteil der Trennung von Kirche und Staat sein, daß die Kirchen ihr Verhalten nicht mehr nach den Maßstäben des Staates, sondern denen des Evangeliums einrichten könnten, aber man zieht vor, eine geistliche Doublette des Staates zu sein. Es scheint, als ob die Kirchen nicht anders könnten, als sich nach der Welt richten, der sie entgentreten sollten.

Die Sache sähe immerhin noch etwas anders aus, wenn man auch im übrigen gegen die Sünder so strenge wäre. Aber die gleiche Basler Kirche, die einem Mann, der in ökonomischen Dingen gefehlt hat, das Stimmrecht entzieht, läßt den Ehebrecher, den Verleumder,

den Ausbeuter, den Volksvergifter ruhig stimmen und wählen. Mit gutem Recht wurde in der Synode bemerkt, daß die mit dem Strafrecht in Konflikt Gekommenen noch durchaus nicht die Schlimmsten sein müßten. Es wäre hinzuzufügen, daß unser Recht auch heute noch die Verfehlungen gegen das Eigentum weitaus stärker bestraft, als die gegen die Person — im schroffsten Gegensatz zum Evangelium. Wenn nun die Kirchen sich diese Wertung aneignen, wenn sie überhaupt sich einfach auf den Boden der weltlichen und gesetzlichen Moral stellen, dürfen sie sich dann wundern, wenn weder die wahrhaft Frommen, noch die weltlich Unkirchlichen sie achten können? Sie ist dann nur der Schatten der bürgerlichen Gesellschaft, statt eine Zuflucht derer, die mit der Welt in Konflikt stehen, und eine Repräsentantin des Gottesreiches Jesu.

Noch deutlicher und krasser trat diese Weltförmigkeit der Kirchen in dem Fall des sächsischen Pfarrers Burk hervor, der von seinem Konsistorium einen strengen Verweis dafür erhielt, daß er an der Dresdener Ausstellung gegen den Alkohol eine etwas scharfe Rede gegen das Alkoholkapitel gehalten hatte. Das wurde ihm als unziemlich verwiesen. Brauerei, Schnapsbrennerei u. s. w. sei ein ehrenhafter bürgerlicher Beruf, den anzugreifen einem Pfarrer schlecht anstehe. Ich kenne den Inhalt des Vortrags von Pfarrer Burk nicht näher, doch würde es sich empfehlen, wenn das betreffende Konsistorium sich ein bestimmtes Kapitel aus dem „Hellmuth Harringa“ vorlesen ließe. Aber es wird sich wohl hüten, denn der Alkohol ist ein Teil der bestehenden Ordnung der Dinge!

L. R.

Zum **Fall Traub** ist eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Denn im Gegensatz zum Fall Jatho handelt es sich dabei nicht um Probleme von prinzipieller Wichtigkeit, wenigstens nicht für uns. Denn für uns ist ganz klar, daß man einen solchen Mann nicht nur nicht aus der Kirche entfernen, sondern auch nicht quälen und verfolgen dürfte. Während in Bezug auf die religiöse Position Jathos dem Zweifel, ob sie noch christlich zu nennen sei, nicht alles Recht abgesprochen werden darf, wird kein frei Denkender gegen Traub einen solchen Vorwurf erheben. Darum hat man ihn auch nicht vor das Spruchgericht gebracht, sondern klagt ihn der kirchlichen Unbotmäßigkeit an. Hier will man einfach einen lästigen Mann treffen. Es handelt sich um gewöhnliche Kirchenpolitik, d. h. geistliche Machtpolitik, also die übelste Form des Kirchentums. Es ist ganz klar, auf welcher Seite wir in diesem Falle stehen. Es kann nicht leicht etwas Lächerlicheres geben, als wenn so ein paar unbedeutende Konsistorialherren einen Mann wie Traub, der sie so weit überragt, wegen Mangel an bravem kirchlichem Untertanenverstand in Strafe nehmen. Dafür haben wir in der Schweiz am wenigsten Verständnis.

Allerdings zwingt mich persönlich die Aufrichtigkeit zu der Erklärung, daß Traubs Wege in den letzten Jahren auch mir, wie vielen seiner Freunde, nicht immer gefallen haben. Traub erwartet mir zu

viel von liberaler Kirchenpolitik. Sie mag ja in Preußen eine gewisse Berechtigung haben, aber ein Mann von Traubs Bedeutung sollte sich darüber klar sein, wie wenig damit noch geleistet und daß der Weg zu wahrer religiöser Freiheit ein anderer ist. Auch hat er mir gewissen modernen Denkweisen viel zu viel Konzessionen gemacht und damit an religiöser Tiefe verloren. Seine Schrift über „Staatschristentum und Volkskirche“ ist vielen seiner Freunde als eine Entgleisung erschienen. Hier ist Traub dem Schein der Oberflächlichkeit (ich sage ausdrücklich: dem Schein!) nicht entgangen und hat einen Ton angeschlagen, den man nicht als religiöse Notwendigkeit empfand. Hier hat er es auch an Verständnis für das religiöse Recht der von ihm angegriffenen Positionen in fast bedenklicher Weise fehlen lassen. Diese Schrift hat seine eigene Stellung geschwächt und den Gegner zum Einschreiten fast gezwungen. Sie vermindert bedauerlicher Weise ein wenig den starken Eindruck, den sonst sein Kampf machen müßte.

Aber wenn wir auch dies alles offen bekennen, so halten wir doch an dem Manne fest. Auch diese Entgleisungen sind aus der Hitze des Kampfes und aus religiöser Leidenschaft — Wahrheitsleidenschaft — zu erklären. Er bleibt doch ein tiefer, bedeutender und äußerst wertvoller Mann. Wer, durch die genannte Schrift geärgert, zu seiner kleinen Predigtsammlung: „Gott und wir“ (bei Eugen Sulger in Heilbronn erschienen) greift, der erkennt sofort, daß Traub eben doch eine tiefe religiöse Natur ist und auf positivem Boden im guten Sinne des Wortes steht. Auch der Radikalismus eines solchen Mannes ist aus einem recht religiösen Motiv zu verstehen, nämlich aus dem leidenschaftlichen Verlangen, durch alle historische Belastung und fromme Unwahrhaftigkeit zu dem wirklichen Gott vorzudringen. Wir dürfen hoffen, daß Traub auf seinem kampfreichen Wege noch zu Höhen und Tiefen vordringen wird, zu denen seine jetzige Schroffheit und scheinbar rationalistische Kühle nur den Zugang frei machen soll.

Daß ein solcher Mann mehr wert ist als Scharen von korrekten Funktionären, liegt für jeden Unbefangenen auf der Hand. Natürlich ist es nicht möglich, eine solche Kraft durch eine konsistoriale Verfügung auszulöschen, im Gegenteil: Traub erhält dadurch nur vermehrte Möglichkeit des Wirkens. Daß er den Kampf getrostem Herzen bestehen wird, darf man mit Sicherheit annehmen; daß er ihm und uns zum Besten diene, wünschen wir von Herzen. L. N.

Zwei Arbeitgeberurteile, die wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, dürften gegenüber den Klagen über den Ruin der Industrie durch die Sozialpolitik, die man in der bürgerlichen Presse immer wieder zu hören bekommt, Interesse finden. Die bekannte Firma Maggi in Remptthal und in Singen schloß einen neuen Tarifvertrag ab. Dabei erklärte Herr Maggi: „Wir betrachten die Gewerkschaften als Pioniere des Kulturfortschritts und sind umsomehr geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution erblicken. Die Leitung

des Maggi-Unternehmens steht nicht auf dem veralteten Standpunkt, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. Wir haben von jeher in unsern Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter an der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen geachtet. Auch sind wir willens, den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Fabrikbetrieb noch weiter zu stärken."

Der Geschäftsbericht des Verbandes deutscher Färbereien und chemischer Waschanstalten spricht sich folgendermaßen aus: „Die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind auch nicht so verhängnisvoll für die Industrie, wie vielfach ausgerufen wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Regierung sind allmählich abgebrüht gegen das ständige Sammeln der Industrie, die nun „ganz zugrunde gerichtet“ werde, dabei aber erfreulicherweise immer kräftiger aufblüht... Wir hatten uns früher gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gewendet, aber vergeblich; nun heißt es, sich mit der Notwendigkeit abfinden. Die Mühe, die Arbeit etwas anders zu disponieren als bisher, wird aufgehoben durch die größere Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit der Leute. Und selbst wo das nicht bemerkbar sein sollte, muß doch jeder Einsichtige erkennen, daß die Schonung der weiblichen Arbeiter unerlässlich ist für die Zukunft unseres Volkes, denn von Frauen, die durch langes Arbeiten geschwächt sind, kann man keine gesunden Kinder erwarten. Da muß der Einzelne schon einige Opfer für die Zukunft seines Volkes bringen."

Wir geben gern zu, daß Unternehmer, die eine solche Sprache führen, es leichter haben mögen als manche andere. Man kann nicht ohne weiteres diese Worte jedem Unternehmer vorhalten und sagen: was diese können, das müßt Ihr auch können. Aber was vorbildlich ist, das ist der Geist, dem diese Äußerungen entspringen, der Geist, der vor dem Mammonismus nicht einfach kapituliert, sondern sich bewußt bleibt, dem Ganzen gegenüber zu einer Leistung verpflichtet zu sein und eine Verantwortung zu tragen. Wäre dieser Geist stärker auf allen Seiten, wir wären schon weiter.

Das bringt uns auf einen Aufsatz von Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“, Nr. 25, über „die Intellektuellen und die Reichtagswahlen.“ Wir befassen uns nun nicht mit seiner These, daß die Intellektuellen durch ihr richtig verstandenes Interesse der Sozialdemokratie zugeführt werden müßten. Uns interessiert hier seine Behauptung, daß die Intellektuellen immer geneigt seien, wenn sie unzufrieden sind, nur ihre individuelle Lage ins Auge zu fassen, und daß sie, soweit sie zu einem Klassenbewußtsein gelangen, auch die Lage ihrer Klasse ganz isoliert betrachten und nicht in die Zusammenhänge des ganzen sozialen Lebens hineinstellen. In dieser Beobachtung dürfte Bernstein Recht haben. Hier, in dieser Isolierung, liegt nicht nur ein Hindernis sozialer Wohlfahrt, sondern auch ein Defekt sozialer Gesinnung.